

Muhasasi 6 Kuruştur
ABONE
 Dahil İda: Aylik 1.75, 3. aylik 4.75, 6. aylik 8.50, bir senelik 15 lira.
 Haric İda: Aylik 3.00, 3. aylik 13.00, 6. aylik 25.00, bir senelik 45 lira.
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
İLANAT
 Sahifede her satırı 100 Kuruş.
 İdarane:
 Tekke Cadesi No 585 ve 582
 Telgraf adresi: Türkpost
 Telefon: Beyoğlu 207 ve 210
 Posta Kutusu: Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 6 Grusch
BEZUGSPREIS
 Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.00 T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.00 R. Mark, 3 Monate 13.00 R. Mark, 6 Monate 25.00 R. Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inland: 1 Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.
(INLANDSPREISE)
 Geschäftsleitung:
 Tekke - Sirasse Nr. 585-587
 Drahtanschr.: Türkpost
 Fernspr.: Pera 209 u. 210
 Postfach: Galata 209.

5. Jahrgang Nr. 123 **Türkische Postzeitung für den Nahen Osten** **Sтамбуl, Montag, 5. Mai 1930**

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

Vom Tage.

Ueber den aus dem Haager Vertragswerk noch übrig gebliebenen ungelösten Fragenkomplex, die Ostreparationen, ist jetzt ebenfalls ein Ergebnis erzielt worden. Der Kernpunkt in dem Fragegebiet der Ostreparationen war die Streitfrage, die zwischen Ungarn und Rumänien wegen der Regelung der Opreparationentschädigung noch schwebte. Frankreich hatte ein großes Interesse daran, die Mitglieder der Kleinen Entente durch neue Verpflichtungen nicht von sich abwendig zu machen, auf der anderen Seite versuchte Italien nachdrücklich, sich für Ungarn einzusetzen. So verschob sich die weitere Behandlung der Ostreparationen in das Gremium der europäischen Grossmächte. Sie haben im großen und ganzen sich in die Entschädigung der ungarischen Opreparationen geteilt insofern als sie sich an der Auffüllung des Entschädigungsfonds beteiligen und zwar Frankreich und Italien je 45 %, England 10 %. Damit ist beiden Seiten genügt: Die Kleine Entente, insbesondere Rumänien, ist von der Entschädigungspflicht entbunden und Ungarn sieht seine Forderungen erfüllt. Diese Art der Regelung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Konstellation der europäischen Mächte. Die Uebernahme der Entschädigungsleistung durch die drei Hauptmächte schafft einen Konfliktstoff aus der Welt, an dessen Beseitigung alle drei im Augenblick das größte Interesse haben. Das Spannungsfeld, das sich im Laufe der sieben abgeschlossenen Flottenkonferenzen entwickelt hat, liegt auf einem anderen Gebiet: Die Mittelmeerfrage und die Flottenrüstung. Der Ausgang der Londoner Konferenz hat die Grossmächte im wesentlichen bestimmt, die jetzt getroffene Regelung der Opreparationen vorzunehmen. Alle wollen sich die Einwirkungsmöglichkeiten auf dem Balkan offenhalten, aber die Entwicklung der Dinge im Augenblick nicht forcieren.

Nach polnischem Vorbilde planen die Tschechen, eine Tagung der Auslands-tschechen nach Prag einzuberufen. Die Tagung soll im nächsten Jahre stattfinden und von Vertretern aus allen europäischen und überseeischen Staaten beschickt werden. Auf dieser Tagung sollen vor allem Beschwerden über die Unvollkommenheit und Nichtbeachtung internationaler Verträge vorgebracht werden. Auch soll eine pflichtmäßige soziale Fürsorge des tschechoslowakischen Staates für die im Auslande ansässigen Volksangehörigen gefördert werden. Gleichzeitig wird gemeldet, daß im Rahmen der landwirtschaftlichen Frühjahrsausstellung eine Ausstellung des Tschechoslowakentums im Ausland stattfinden soll. Diese Ausstellung soll auf das Leben und die Bedürfnisse der Tschechen und Slowaken im Ausland aufmerksam machen und so zu einer Annäherung der beiden staatlich zusammengefaßten Volksstämme beitragen. Besonders reichhaltig wird die Ausstellung der nordamerikanischen und der Wiener tschechischen Kolonie werden. Auch eine kanadische Abteilung und die Ausstellung der größten Auslandskolonie der Tschechen und Slowaken, nämlich der argentinischen, sind geplant. Diese Pläne zeigen, daß die Zusammenfassungsbewegung von Volksangehörigen im In- und Auslande eine sozusagen internationale Erscheinung geworden ist. Die Deutschen in aller Welt werden diese Bestrebungen nur begrüßen, da man ihnen ja vielfach noch die Zusammenarbeit mit dem Muttervolke und die Aufrechterhaltung kultureller Beziehungen mit der Heimat stark verübelt.

Wieder Panik in Wall-Street!
 New York, 4. Mai (A.A.)
 Eine sehr starke Verkaufsbewegung setzte heute in der Wall-Street ein, was eine große Baisse sämtlicher Papiere hervorrief. Es sind Kursverluste bis zu 15 Punkten entstanden. Eine fast kopflose Panik entstand gegen Schluß der Börse, wo ein fast stürmischer Verkauf von Seiten der Porteurs einsetzte, die einen neuen Krach befürchteten.

Gestriger Schluss-Kurs:
 1 Reichsmark = 50.50 Piaster.

Wyatt und Des Clozières hier eingetroffen.

Die beiden Unterhändler der Dette Ottomane, die Herren Wyatt und Des Clozières, sind gestern aus der Hauptstadt hier eingetroffen. Die beiden Herren werden, wie es heißt, nach 3 Tagen von hier wieder nach der Hauptstadt zurückkehren.
 Der ebenfalls hier eingetroffene Generalsekretär der Dette erklärte, daß die Verhandlungen mit dem Finanzministerium fortgeführt würden. Es handle sich aber nicht um amtliche, sondern um private Besprechungen, und so könne er über den Stand der Dinge keine Erklärung abgeben. Ob bei den Besprechungen von einer Anleihe die Rede gewesen sei, wisse er nicht. Die Verhandlungen befinden sich jedenfalls in einem günstigen Stadium, und er hoffe, daß man zu einer Verständigung gelangen werde.

Der künftige persische Botschafter.

Wie aus der Hauptstadt gemeldet wird, hat die persische Regierung in Ankara um das Agrement zur Entsendung des früheren persischen Außenministers Dschesirikhân als neuem persischen Botschafter nach Ankara nachgesucht.

Kein Rücktritt des Justizministers!

Gestern morgen erschien in der Zeitung „Jarın“ die Meldung, daß Justizminister Mahmut Essad Bey seine Demission gegeben habe. Die „Politika“ sah sich bereits gestern nachmittag in der Lage, die Meldung kategorisch zu dementieren.

Zum Prozeß gegen Haidar Rifaat Bey.

Der durch den Justizminister wegen Beleidigung verklagte Haidar Rifaat Bey hatte bekanntlich u. a. behauptet, daß der Minister in ungesetzlicher Weise das höchste türkische Gericht, das Kassationsgericht in Eskischehir, beeinflusst habe. Der Präsident des Gerichtshofes Nail Bey hat dem Vertreter der „Milliet“ in dieser Angelegenheit die nachstehenden Erklärungen gemacht:
 „Unter dem Regime der Republik, das die Kapitulationen abgeschafft hat, ist die Magistratur weniger angreifbar als die Meerenge von Gibraltar. Wir bewegen uns vor keinen anderen Mächten als vor unserem Gewissen und den gesetzlichen Bestimmungen. Haidar Rifaat Bey hat in seinem ersten Briefe an den Staatspräsidenten die gesamte türkische Justiz verleumdete. Unsere Justiz ist weder paralysiert noch verrottet, wie Haidar Rifaat Bey sagt. Sie hält sich durchaus an das Gesetz, das wir in völliger Unabhängigkeit und Freiheit anwenden.“
 Der Generalstaatsanwalt in Eskischehir Haidar Bey erklärte dem Berichterstatter des Blattes, daß das Kassationsgericht auf das Entscheidendste gegen die Behauptungen Haidar Rifaat Beys protestierte.

Eine Erklärung Trotzki's.

Der hiesige Korrespondent der „Neuen Freien Presse“, Herr Dr. Feldmann, drahtete seinem Blatte:
 Trotzki erklärte ihrem Korrespondenten, alle Nachrichten von einer Wiederannäherung und eventuellen Aussöhnung zwischen ihm und Stalin seien vollkommen falsch, ebenso die Nachricht, daß ein Emissär Radeks ihn hier besucht habe. Trotzki bezeichnet es als unbegreiflich, daß sein Bruch mit dem Lenin-Bund so falsch gedeutet werden konnte und daß man aus seiner Berliner Zeitschrift „Der Kommunist“ Versöhnungsartikel herauslesen wollte, während die Tendenz dieser Zeitschrift sowie des in Paris erscheinenden Trotzki-Organs im Gegenteil beweisen, wie unentwegt Trotzki an der Ablehnung des Stalin-Kurses festhalte. Trotzki betonte mit großem Nachdruck, daß eine Versöhnung zwischen ihm und Stalin unter den gegenwärtigen Umständen ganz ausgeschlossen sei.

Berichtigung.

Auf Grund eines Versehens schrieben wir gestern, daß der in der „Politika“ erscheinende Artikel gegen die Schweigensartigkeit von Presse und Parlament „Ali Nuri“ gezeichnet sei. Der Artikel ist „Ali Nadschi“ gezeichnet.

Der ungarische Außenminister in Athen.

Athen, 4. Mai (A.A.)
 Der ungarische Außenminister Dr. Walko ist heute hier eingetroffen. Der Ministerpräsident gab zu Ehren des Gastes ein Bankett.
 Dr. Walko hatte mit dem Ministerpräsidenten Weniselo und dem Aussenminister Michalakopulos eine längere Unterredung, in deren Verlauf die drei Staatsmänner vornehmlich über die wirtschaftlichen und die industriellen Beziehungen Ungarns und Griechenlands sprachen.

Offiziere verprügeln einen Rechtsanwalt.

Athen, 4. Mai
 In Sarres überfielen eine Anzahl Offiziere auf offener Straße einen Rechtsanwalt, prügelten ihn und drohten herbeieilende Zivilisten mit dem Revolver. Angeblich hatte der Ueberfallene in unerlaubten Beziehungen zu der Frau eines Bataillonskommandeurs gestanden. Die Anwaltskammer hat sich telegraphisch beim Kriegsministerium beschwert und Bestrafung der Attentäter verlangt.

Falschmeldungen über Mazedonierverhaftungen.

Sofia, 4. Mai
 Eine führende englische Zeitung sowie ein Prager Blatt brachten kürzlich eine Meldung, daß im Rahmen der bulgarischen Polizeiaktion gegen die IMRO zwei Mitglieder der Bulgarischen Kommission der IMRO, also der höchsten Instanz der Organisation, verhaftet worden seien. Diese Meldung mußte einiges Aufsehen erregen, da die bulgarische Regierung sich bisher immer gehütet hat, gegen die IMRO ernstlich vorzugehen. Eine derartige Verhaftung führender IMRO-Leute wäre natürlich ein schwerer Schlag gegen die Organisation gewesen. Nun ist aber diese Nachricht völlig aus der Luft gegriffen. Von den bekannten belanglosen Festnahmen abgesehen, hat sich die bulgarische Polizei wohlweislich zurückgehalten, der IMRO irgendwie zuleibe zu gehen. In ihren Kreisen hat die Meldung der beiden Zeitungen natürlich beträchtliches Aufsehen und großes Mißfallen erregt. Im Anschluß darauf haben bulgarische Zeitungen von unbekannter Seite ein Dementi gestellt bekommen. Die Regierungspresse hat das Dementi begrifflicherweise unterschlagen, während die Zeitung „Dnevnik“ die Richtigstellung bringt. In bulgarischen Kreisen wird dies Dementi lebhaft besprochen. Die IMRO fühlt sich trotz des Einspruchs der ausländischen Mächte so sicher, daß sie selbst in Zeitungen gegen Falschmeldungen über ihre Führer protestiert.

Der rumänische Generalstabsbesuch in Warschau.

Warschau, 4. Mai
 Der zum Besuch in Warschau eingetroffene Chef des rumänischen Generalstabes General Samonovici ist mit den Offizieren seiner Begleitung vom Marschall Pilsudski im Palais Belvedere in besonderer Audienz empfangen worden. Nunmehr sind die rumänischen Generalstabler auf einer Rundreise durch die polnische Provinz begriffen, wo sie die wichtigsten militärischen Punkte besichtigen werden. Die Rückreise nach Bukarest soll am 1. Mai angetreten werden.

Wieder Kundgebung in Kalkutta.

Kalkutta, 5. Mai (A.A.)
 Eine große Volksmenge versuchte heute abend eine Versammlung zu veranstalten. Die Polizei erklärte diese Versammlung als illegal und schritt gegen die Menge ein, die sich weigerte, auseinander zu gehen. Mehrere Inder wurden verletzt. Es wurden 5 Verhaftungen vorgenommen.

Ullstein kauft die „Neue Freie Presse“?

Das „Neue Wiener Extrablatt“, bringt die aufsehenerregende Meldung, daß das demokratische Organ „Die Neue Freie Presse“ vom Berliner Ullstein-Verlag gekauft werden soll. In den letzten Tagen soll der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“ Dr. Ernst Benedikt, mehrere Tage in Berlin gewillt haben, wo er eine Reihe von Besprechungen mit maßgebenden Führern der Reichsregierung hatte. Unter diesen Umständen verdienen die Verhandlungen, die Dr. Benedikt mit den Vertretern des Hauses Ullstein wegen Uebernahme der Aktienmajorität der Oesterreichischen Journal-A.-G. führte, besondere Beachtung. Die Oesterreichische Journal-A.-G. figuriert bekanntlich als Herausgeberin der „Neuen Freien Presse“. Es verlautet, daß die bisherigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen haben und in den nächsten Tagen bereits zu einem positiven Abschluß gebracht werden. Verhandlungen ähnlicher Art sind bereits in früheren Jahren sowohl mit dem Verlag Ullstein als auch mit der Firma Rudolf Mosse geführt worden, ohne ein Ergebnis gezeitigt zu haben.

Neue Wahlergebnisse in Oberschlesien.

49 deutsche und 100 polnische Mandate.
 Kattowitz, 4. Mai
 Am gestrigen Sonntag fand die Fortsetzung der Kommunalwahlen in Ostoberschlesien statt. In 11 Gemeinden von drei Kreisen wurden die Wahlen durchgeführt. Die Deutschen hatten mit Ausnahme von zwei Gemeinden überall eigene Listen aufgestellt. Die deutschen bürgerlichen Listen haben 42 Mandate erhalten, die deutschen Sozialdemokraten 7, zusammen also 49 Mandate. Die polnischen Parteien erhielten 100 Mandate, von denen der größere Teil den Oppositionsparteien, besonders dem Korfanty-Block zufällt. Der Stimmenverlust der Deutschen bewegt sich im gleichen Rahmen wie bei den vorhergegangenen Wahlen. Fast in allen Gemeinden haben die Deutschen Mandatsverluste zu verzeichnen, die aber weniger auf einen Rückzug der deutschen Stimmen gegenüber den letzten Wahlen im Jahre 1928 zurückzuführen sind als vielmehr auf ein Anwachsen der polnischen Stimmen. In einzelnen Orten haben die Deutschen sogar einen Stimmenzuwachs erfahren, obwohl gleichzeitig Mandatsverluste zu verzeichnen sind. In anderen Ortschaften haben wiederum die deutschen Sozialisten Mandate gewonnen, wo sie früher keine hatten, sodaß das Gesamtergebnis für die deutschen Parteien als günstig angesehen werden kann.

Der Kirchenstreit in Malta.

London, 3. Mai
 Schon seit einiger Zeit wütet in Malta ein erbitterter Kirchenstreit. Als kürzlich der Minister für Schulwesen Sir Augusto Bartolo die Messe in Gozo besuchte, trat ein Priester auf ihn zu, bedrohte ihn mit Tätlichkeiten und fragte ihn, ob er sich nicht schäme, zur heiligen Messe zu erscheinen, trotzdem er ein Feind des Papstes sei. Die Volksmenge begann sich zu erregen und es wäre sicherlich zu Gewalttätigkeiten gekommen, wenn nicht rechtzeitig ein größeres Polizeiaufgebot erschienen wäre. Der Bischof von Malta hat allen Gläubigen verboten, für die konstitutionelle Regierungspartei zu stimmen oder an Versammlungen teilzunehmen, die von dieser Partei veranstaltet werden. Der Gouverneur von Malta ist auf diplomatischem Wege beim Papst vorstellig geworden.

Ein Ausnahmegesetz für Peschawar.

London, 4. Mai (A.A.)
 Aus Indien wird gemeldet, daß über den Distrikt Peschawar und die Provinzen an der indischen Nordwestgrenze ein Ausnahmegesetz zur Beschränkung der Versammlungsfreiheit erlassen worden ist.

Die Madrilerer Studenten.

Madrid, 4. Mai (A.A.)
 Die hiesigen Studenten traten heute in einen eintägigen Streik der den Charakter als eine Protestkundgebung gegen die Zwischenfälle haben sollte, die sich bei der Ankunft des aus der Verbannung zurückgekehrten Dichters Unamuno ereignet haben. Die Polizei zerstörte bei Bida in Algerien ab; der Pilot erlitt schwere Verletzungen.

Schweres Bergwerksglück in Spanien.

Madrid, 4. Mai
 In einem Bergwerk in Asturien kam bei einer Explosion schlagender Wetter 10 spanische Arbeiter ums Leben.

Aus Deutschland.

Der Panzerkreuzer.

Berlin, 4. Mai (A.A.)
 Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die demokratische Fraktion des Reichstages beschlossen hat, die für den Bau des zweiten Panzerkreuzers angeforderten Kredite abzulehnen.

Eine Auszeichnung für Prof. Dr. Becker.

Berlin, 4. Mai
 Die Universität Kiel hat dem früheren preussischen Kultusminister Prof. Dr. Becker das Ehrendoktorat der Rechte und der Staatswissenschaften verliehen.

„Temps“-Hetze gegen den Anschluss.

Paris, 4. Mai
 Der „Temps“ unterzieht die vom Bundeskanzler Schöber abgegebene Erklärung einer genauen Erörterung und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass man der Bestimmung, die der Bundeskanzler über die Innen- und Aussenpolitik Oesterreichs gegeben habe, nur zustimmen könne unter der Voraussetzung, dass die Handlungen der Wiener Regierung auch den Worten des augenblicklichen Bundeskanzlers entsprechen.
 Die Persönlichkeit Dr. Schöbers und seine aufrichtigen Worte liessen nicht daran zweifeln, dass die österreichische Politik nicht eine gewisse Neutralität charakterisiert sein werde, solange die Zügel der Regierung in der Hand habe. In ihm sehe man einen Politiker, der aufrichtig an dem Werk der politischen und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung seines Landes arbeite. Falls ihm dies gelinge, sei die Rolle Oesterreichs für lange Jahre hinaus gesichert. Dr. Schöber habe im Verlaufe seiner Ausführungen auf die deutsch-österreichischen Beziehungen hingewiesen und den besonderen Platz erwähnt, den Oesterreich diesen Beziehungen einräume. Das Blatt bemerkt hierzu, dass diese Ausführungen Schöbers wenigstens das Verdienst hätten, offen zu sein. Sie seien daher den zweideutigen Erklärungen vorzuziehen, die man ab und zu von anderen Staatsmännern höre. Es gebe in Europa und auch ausserhalb Europas viele Länder, die durch die Sprache eng miteinander verbunden seien, ohne dass diese moralische Zusammengehörigkeit auch auf das politische Gebiet übergreife. Falls sich eines Tages die deutsch-österreichische Sprachverbundenheit dahin auswirken sollte, dass sie zum Anschluss der beiden Länder führe, so bedeute das nichts anderes, als die brutale Verneinung jedes Prinzips der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Achtung der Verträge, die Dr. Schöber zur Grundlage der österreichischen Politik gemacht habe. Zusammenfassend betont das Blatt, daß die Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Paris jedenfalls nicht unnütz gewesen sei, sowohl für das Land als auch für den europäischen Frieden.

Ullstein

Das „Neue Wiener Extrablatt“, bringt die aufsehenerregende Meldung, daß das demokratische Organ „Die Neue Freie Presse“ vom Berliner Ullstein-Verlag gekauft werden soll. In den letzten Tagen soll der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“ Dr. Ernst Benedikt, mehrere Tage in Berlin gewillt haben, wo er eine Reihe von Besprechungen mit maßgebenden Führern der Reichsregierung hatte. Unter diesen Umständen verdienen die Verhandlungen, die Dr. Benedikt mit den Vertretern des Hauses Ullstein wegen Uebernahme der Aktienmajorität der Oesterreichischen Journal-A.-G. führte, besondere Beachtung. Die Oesterreichische Journal-A.-G. figuriert bekanntlich als Herausgeberin der „Neuen Freien Presse“. Es verlautet, daß die bisherigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen haben und in den nächsten Tagen bereits zu einem positiven Abschluß gebracht werden. Verhandlungen ähnlicher Art sind bereits in früheren Jahren sowohl mit dem Verlag Ullstein als auch mit der Firma Rudolf Mosse geführt worden, ohne ein Ergebnis gezeitigt zu haben.

Japans Vormachtstellung in Ostasien.

Die Kehrseite des Dreimächtepaktes.

Von Otto Corbach.
 Nach einer Schanghai'er Meldung der Chicago Daily Tribune hat die Nachricht vom Zustandekommen des Dreimächtepaktes in chinesischen nationalistischen Kreisen „wie eine Bombe“ eingeschlagen. Weit davon entfernt, darin, wie weite Kreise der öffentlichen Meinung Europas, ein Ins-Schlepptau-Nehmen Japans durch die angelsächsischen Mächte zu sehen, fühlt man sich in Nanking durch die angelsächsischen Freunde an den japanischen Imperialismus verraten.

Nach übereinstimmenden Meldungen aus englischen wie japanischen Quellen haben die angelsächsischen Mächte die Bereitschaft Japans zum Dreimächtepakt mit der Anerkennung der vorherrschenden Stellung Japans im Fernen Osten“ erkauf, was vor allem bedeutet, dass die Nanking'er Regierung künftig weder von englischer noch von amerikanischer Seite eine Rückenstärkung im Kampf gegen japanisches Machtbestreben auf dem asiatischen Kontinente zu erwarten hat. Diese Preisgabe chinesischer Interessen ist umso erstaunlicher, als dieses seine Rüstungsanprüche in vollem Umfange aufrecht zu erhalten vermochte. Amerikanische Blätter rechnen sogar heraus, dass es in Wirklichkeit noch mehr zugestanden erhielt, als es ursprünglich verlangte. Die Japaner kamen nach London mit der Forderung, dass ihnen siebzehn Prozent der von Amerika oder England beanspruchten Tonnage solcher Schiffe, über deren Begrenzung man sich auf der Washingtoner Konferenz nicht einigen konnte, zugestanden werden müssten, d. h. eine um zehn Prozent höhere Quote, als sie Japan für Schachtschiffe auf der Washingtoner Konferenz gegen den amerikanischen Verzicht auf Befestigungen im westlichen Stillen Ozean und auf den Aleuteninseln annahm. Man einigte sich auf die Verhältniszahl von 69,6 Prozent im allgemeinen und 60 Prozent für grosse Kreuzer mit achtzölligen Geschützen im besonderen. Weil aber die Union einwilligte, von den ihr zugestandenen achtzehn grossen Kreuzern bis 1936 nur fünfzehn zu vollenden, werden Japan in Wirklichkeit 72 Prozent der amerikanischen Tonnage für grosse Kreuzer zugestanden. Für den Bau von Unterseebooten erreichte Japan die volle Parität mit Amerika und England. Gleichwohl hat sich die gelbe Grossmacht nur unter vier wesentlichen Vorbehalten für den Dreimächtepakt gewinnen lassen. Erstens will es durch seine mehr scheinbaren als wirklichen gegenwärtigen Zugeständnisse in keiner Weise daran gebunden sein, auf der nächsten Konferenz weniger als 70 Prozent der englischen oder amerikanischen Tonnage zu beanspruchen. Zweitens erhebt es den Anspruch, den Ersatz von Unterseebooten schon vor Erreichung der Altersgrenze beginnen zu dürfen, um seine Werften beschäftigt zu halten. Drittens soll die Begrenzung des Baues kleinerer Schiffe an die Ausdehnung der Pause im Bau grosser Schlachtschiffe gebunden sein. Viertens soll das Abkommen nur bis Ende 1936 gelten.

Da ferner die Zustimmung Japans zur Forderung Englands, dass die vereinbarten Kreuzerquoten bei bedrohlichen französischen Rüstungen sich automatisch und für die Vertragsmächte gleichmässig steigern dürfen, noch aussteht, muss man sich fragen, welches Interesse die angelsächsischen Mächte an der so teuer erkauften Zustimmung des Sonnenaufganglandes zum Dreimächtepakt gehabt haben können. Ohne Zweifel erscheint den angelsächsischen Staatsmännern die gegenwärtige Weltlage selbst für ihre vereinten Kräfte so bedrohlich, dass sie nicht zugleich ihre fernöstlichen und europäischen Interessen mit genü-

letzte Telegramme.

Doumergue in Algier.

Paris, 4. Mai (A.A.)
 Der französische Staatspräsident ist in Algier eingetroffen, wo mit seinem Eintreffen die Festlichkeiten der Hundertjahrfeier der Eroberung Algeriens durch Frankreich begannen.

Schweres Bergwerksglück in Spanien.

Madrid, 4. Mai
 In einem Bergwerk in Asturien kam bei einer Explosion schlagender Wetter 10 spanische Arbeiter ums Leben.

Die Madrilerer Studenten.

Madrid, 4. Mai (A.A.)
 Die hiesigen Studenten traten heute in einen eintägigen Streik der den Charakter als eine Protestkundgebung gegen die Zwischenfälle haben sollte, die sich bei der Ankunft des aus der Verbannung zurückgekehrten Dichters Unamuno ereignet haben. Die Polizei zerstörte bei Bida in Algerien ab; der Pilot erlitt schwere Verletzungen.

Schweres Bergwerksglück in Spanien.

Madrid, 4. Mai
 In einem Bergwerk in Asturien kam bei einer Explosion schlagender Wetter 10 spanische Arbeiter ums Leben.